

Rede vom 17.06.2009

**„Endlich Verantwortung für das Schicksal früherer Heimkinder übernehmen:
aufklären, unterstützen, entschädigen“**

Uwe Schwarz, SPD

Anrede,

als die SPD hier im Februar ihren Antrag zu den unvorstellbaren Zuständen bei der Heimerziehung von Kindern und Jugendlichen in den westdeutschen Bundesländern 1949 bis 1975 eingebracht hat, war klar, dass es sich dabei um eines der dunkelsten Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte handelt.

Im Namen des Staates und im Namen des Herrn wurden hochgerechnet 100.000 von Kindern und Jugendlichen in Fürsorgeheimen und Fürsorgeanstalten zu lebenslang traumatisierten Menschen gemacht. Dabei geht es nicht um bedauernswerte Einzelfällen, sondern um 800.000 bis zu einer Million betroffener ehemaliger Heiminsassen, davon mindestens 50.000 aus Niedersachsen.

Es geht bundesweit um mindestens 3000 Heime mit mehr als 200.000 Plätzen - mit kaum pädagogisch ausgebildetem Personal. 80% der Einrichtungen davon in kirchlicher Trägerschaft.

- Es waren nicht Kriminelle, sondern oft nur Kinder von alleinerziehenden Müttern, die nicht in die konservative Gesellschaft der 50er und 60er Jahre passten.
- Sie haben in den nicht kontrollierten Heimen drakonische Strafen erlitten, körperliche und psychische Gewalt, die an Folter grenzte.
- Ihnen wurden Bildung, medizinische Versorgung und teilweise richtige Ernährung vorenthalten, oft übrigens auch die Briefe ihrer Eltern.
- Die Kinder und Jugendliche mussten schwer arbeiten.
- Sehr häufig kam es zu bis heute nicht geahndetem sexuellen Missbrauch von Mädchen und Jungen.
- Aus Bequemlichkeit verabreichten Erzieher heimlich starke und abhängig machende Medikamente.

Fast alle Heimkinder berichten über Demütigungen, Misshandlungen und Erniedrigungen. Sie wurden weggesperrt, ausgegrenzt, ihrer Lebenschancen beraubt. Die Sterberate, aber vor allem die Selbstmordrate bei diesen Kindern und Jugendlichen war erschreckend hoch.

Für mich bleibt es unfassbar, dass es den Einrichtungsträgern, der Justiz und staatlichen Aufsichtsbehörden fast 50 Jahre gelungen ist, die Grausamkeiten zu vertuschen und zu tabuisieren.

Unserer Fraktion liegen zwischenzeitlich Originaldokumente an den Niedersächsischen

Landtag, die Nieders. Landesregierung, die damaligen Landtagsfraktionen, die zuständigen Landesbehörden, örtliche Jugendämter, Handwerkskammer usw. vor, in denen eindringlich auf die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen an Kindern und Jugendlichen in einzelnen Einrichtungen hingewiesen wurde.

In der zwischenzeitlich vorliegenden umfassenden Dokumentation aus Freistatt mit dem Titel „Endstation Freistatt“ wird detailliert daraufhin verwiesen, dass sogenannte Strafbücher durch schriftliche Anweisungen der Heimleitungen für die Heimaufsicht gefälscht wurden und so z.B. dokumentiert wurde:

„Im Jahre 1952 fanden keine Bestrafungen statt“.

Die Heimaufsicht wusste davon und hat die Misshandlungen gedeckt.

Ein für mich ein unfassbarer und unentschuldbarer Vorgang in einer Demokratie. Fast 50 Jahre lang haben Einrichtungsträger und staatliche Stellen brutal gegen ihre Aufsichts- und Fürsorgepflichten verstoßen. Unsere Gesellschaft hat kollektiv versagt!

Bei der zwingend notwendigen Aufarbeitung kann es nicht um Schuldzuweisungen an die heute politisch Verantwortlichen gehen. Allerdings würden wir uns jetzt schuldig machen, wenn wir nicht unsererseits alles Erdenkliche tun würden, um den noch lebenden Betroffenen bei der Aufarbeitung und Wiedergutmachung zu helfen.

Unsere Aktivitäten waren daher von der ersten Minute an auf breiten politischen Konsens ausgerichtet.

Ich habe es nicht verstanden, dass die Sozialministerin unserer Einladung zur Anhörung am 4.5. bis heute unkommentiert und unentschuldig fern geblieben ist. Dort waren alle relevanten Akteure anwesend. Leider haben Sie, Frau Ministerin, Ihrerseits zu Ihrer Veranstaltung am 8.6.09 mindestens die Oppositionsfraktionen nicht eingeladen und auf meinen Brief vom 3.6.2009 ebenfalls bis heute nicht reagiert.

Das Letzte, was die Betroffenen und die offensiv agierenden Einrichtungsträger wollen und gebrauchen können, ist die übliche politische Auseinandersetzung.

Die SPD-Fraktion hat am vergangenen Freitag mit 12 ehemaligen Heiminsassen Freistatt besucht. Ich ersparen Ihnen Einzelheiten, weil die Schilderungen von Betroffenen nur schwer zu ertragen sind. Die sogenannten ehemaligen Besinnungszellen kann sich in Freistatt jeder noch unverändert ansehen. Freistatt ist übrigens heute vorbildlich in Sachen Aufarbeitung. Alle ehemaligen Heiminsassen erhalten Zugang zu ihren Akten und Bescheinigungen auf denen steht, dass die damalige Zwangsarbeit nach heutigen Maßstäben sozialversicherungspflichtig gewesen wäre.

Es geht bei dem heutigen Beschluss nicht um Doppelstrukturen zum Runden Tisch auf Bundesebene, sondern ausschließlich um die Aufarbeitung der Landesgeschichte, die Sicherung der noch vorhandenen Akten und die Rolle des Landes als zuständige Heimaufsicht.

Es geht auch um die Hilfe von teilweise nach wie vor schwer traumatisierten Menschen und die tabulose Information der Öffentlichkeit über die damaligen Zustände.

Es wäre gut, wenn wir schnell an die Umsetzung dieser EntschlieÙung gehen und es gelingt, eine von allen Seiten akzeptierte Persönlichkeit für die Leitung des Gesprächsarbeitskreises zu finden. (Frau KäÙmann)

Dabei bitte ich zu beachten, dass der „Verein ehemaliger Heimkinder“ nicht die Interessenvertretung in Niedersachsen ist und wohl auch auf Bundesebene versucht, den Runden Tisch für eigene wirtschaftliche Interessen zu instrumentalisieren

Ich bin sehr froh, dass es uns über das Wochenende gelungen ist, einen tragfähigen und guten Kompromiss zu erreichen. Ich danke allen, die vielfältig dazu beigetragen haben, z.B. Herrn Mc Allister, Herrn Jüttner und vor allem Ihnen, Frau Mundlos.

Ich bin mir sicher, dass unser heutiger Beschluss eine wichtige Ermutigung für die Betroffenen ist und ein deutliches Signal an die Verantwortlichen darstellt.